



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 195

17. Mai 2019

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die zweite Sitzungswoche in Folge neigt sich dem Ende entgegen. Einen Überblick über die in dieser Woche stattgefundenen Debatten finden Sie auf den folgenden Seiten.

Übrigens sah es am Montag noch danach aus, als ob die Plenarsitzung am Donnerstag als eine der längsten in die Geschichte des Bundestages eingehen würde. So sah der Blaue Plan, der über die Termine der aktuellen Sitzungswoche informiert, das Ende des Donnerstag-Plenums zunächst um 4.45 Uhr am Freitag vor. Normalerweise ist es gängige Praxis, Reden zu später Stunde zu Protokoll zu geben. Die AfD beharrte jedoch als Revanche für die Ablehnung ihrer Kandidaten für den Bundestagsvizepräsidenten darauf, ihre Redezeit voll auszunutzen. Der Schuss ging allerdings nach hinten los. So einigten sich beispielsweise Union und SPD darauf, dass für die Koalition immer nur ein Redner pro Tagesordnungspunkt spricht. Ergebnis: Das Plenum war „bereits“ um 0.50 Uhr zu Ende.

Zugleich war dies die letzte Sitzungswoche vor der Europawahl und den Kommunalwahlen am 26. Mai. Ich würde mich freuen, wenn Sie der CDU Ihr Vertrauen schenken würden.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BILDUNG

Gute Nachrichten für Studierende und Auszubildende

Bereits seit über 40 Jahren unterstützt das BAFÖG Studierende und Auszubildende in ihrer Ausbildung. Für Viele wäre diese ohne BAFÖG finanziell nicht zu meistern. Am Donnerstag hat der Bundestag einer der größten BAFÖG-Reformen in der Geschichte der Bundesrepublik zugestimmt. Rund 1,3 Millionen Euro wird der Bund in den

zent angehoben, was gerade Familien entlastet, die bislang knapp über der Fördergrenze lagen. Damit unterstützen wir aktiv die Mittelschicht. Der Freibetrag für eigenes Vermögen von Auszubildenden wird im Jahr 2020 von derzeit 7.500 Euro auf künftig 8.200 Euro angehoben. Das ermöglicht einen flexibleren Umgang mit Rücklagen wäh-

MIT DER BAFÖG-REFORM

MACHEN WIR UNSER LAND

FIT FÜR DIE ZUKUNFT

CDU  CSU

kommenden Jahren zusätzlich ausgeben, um Studierende und Auszubildende finanziell noch stärker zu entlasten.

So wird der Wohnzuschlag überproportional um 30 Prozent angehoben, um Studierende bei der aktuellen Wohnungssituation gerade in Hochschulstädten zu helfen. Der Höchstsatz der Förderung steigt um 17 Prozent von heute 735 Euro bis auf 861 Euro im Jahr 2020. Zudem werden die Einkommensfreibeträge um insgesamt über 16 Pro-

zent der Ausbildung, ohne dass diese auf die Förderung angerechnet werden. Zudem wird die Rückzahlung vereinfacht und spätestens nach 77 Monatsraten ist man schuldenfrei. Damit braucht niemand mehr Angst zu haben, sich über Gebühr zu belasten.

All diese Maßnahmen, die bereits ab dem kommenden Wintersemester greifen, sind gut ausgegebenes Geld und Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

INNEN

Abbau von Abschiebehindernissen

Ein funktionsfähiges Migrationssystem fußt darauf, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, ausreisen. Viele Abschiebungen scheitern derzeit daran, dass es Probleme bei der Identitätsfeststellung gibt oder ausreisepflichtige Personen untertauchen. In diesem Zusammenhang müssen wir auch feststellen, dass es zu wenige Abschiebehäftlinge gibt.

In dieser Woche haben wir daher in erster Lesung einen Gesetzesentwurf beraten, der Abschiebehindernisse abbaut, Fehlanreize zum rechtswidrigen Verbleib in Deutschland beseitigt und ein härteres Vorgehen gegen straffällig gewordene Ausländer ermöglichen soll.

Hierfür sollen ausreisepflichtige Ausländer künftig nur noch eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ erhalten. Dabei handelt es sich beispielsweise um Personen, die ihrer Passbeschaffungspflicht nicht nachgekommen sind und deshalb nicht abgeschoben werden können. Eine solche Form der Duldung zieht eine Wohnsitzauflage sowie ein Erwerbstätigkeitsverbot nach sich. Zugleich sollen die Möglichkeiten zur Anordnung von Vorbereitungshaft und Abschiebungshaft erweitert werden. So soll verhindert werden, dass ausreisepflichtige Personen untertauchen und sie sich so ihrer Abschiebung entziehen. Als neues Instrument soll die sogenannte Mitwirkungshaft für Perso-

nen eingeführt werden, die ihren Pflichten zur Identitätsfeststellung nicht nachkommen. Damit diese Maßnahmen auch umgesetzt werden können, sollen zusätzliche 500 Haftplätze in Justizvollzugsanstalten geschaffen werden und das Trennungsgebot, wonach Abschiebehäftlinge getrennt von Strafgefangenen untergebracht werden müssen, vorübergehend ausgesetzt werden.

Mit diesen Maßnahmen adressieren wir die zentralen Abschiebehindernisse wie Identitätstäuschungen, Mitwirkungsverweigerungen oder das „Abtauchen“ kurz vor der Abschiebung.

BESUCHERGRUPPE

Besuch aus Wittlich



Foto: Schnieder

In dieser Woche durfte ich zwei Klassen der Kurfürst Balduin Realschule plus Wittlich im Deutschen Bundestag begrüßen.

Die Schüler sind gerade auf Abschlussfahrt in Berlin. Dabei stand auch ein Besuch einer Plenarsitzung auf dem Programm. Anschließend stand ich den Schülern Rede und Antwort über meine Arbeit in Berlin sowie zu den aktuellen politischen Herausforderungen.

RECHT

Bessere Vergütung für Berufsbetreuer

Seit ihrer Einführung 2005 blieb die Vergütung von Berufsbetreuern, die sich um kranke und behinderte Menschen kümmern, unverändert. In dieser Woche hat der Bundestag diesen Missstand aufgelöst. Am Donnerstag haben wir beschlossen, dass die Vergütung von Berufsbetreuern um durchschnittlich 17 Prozent erhöht wird. Ebenso wird das Vergütungssystem modernisiert. Anstelle des bisherigen festen Stundenatzes sind künftig monatliche Fallpauschalen möglich, welche den Zeit-, Be-

treuungs- und Büroaufwand besser als bislang berücksichtigen. Als Maßstab zur Bestimmung einer angemessenen Vergütung wurden die durchschnittlichen Kosten eines Betreuungsvereins zur Refinanzierung eines Vollzeit-Betreuers herangezogen. So ist eine kostendeckende Finanzierung der Betreuungsvereine ebenfalls sichergestellt. Mit diesen Maßnahmen kommen wir einem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nach, wonach wir die Arbeit der Betreuungsvereine stärken und eine

angemessene Vergütung der Betreuer einführen wollen. Dies haben die Betreuer für ihre wertvolle Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz verdient. Sie sorgen mit ihrer Arbeit dafür, dass auch Menschen mit Einschränkungen selbstbestimmt leben können.

Bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat, der bislang eine bessere Vergütung verhindert hat, dem jetzt auch zustimmt.

KOMMUNALWAHL

Für eine starke Heimat: Am 26. Mai CDU wählen!



Für eine starke Heimat:

- 3.690.000 Euro für das Hallenbad Irrel
- 1.500.000 Euro für die Regino-Sporthalle in Prüm
- 160.000 Euro für Schloss Malberg
- 100.000 Euro für die Burg Lissingen
- 80.000 Euro für die Basilika Prüm

Foto: Schnieder




Patrick Schnieder
 Kreistag Bitburg-Prüm
 Liste 2 CDU, Platz 39

Foto: Schnieder



HEIMAT. GESTALTEN. CDU

Die CDU steht für eine starke Heimat: Alleine in den letzten drei Jahren flossen über 5,5 Millionen Euro aus den Förderprogrammen des Bundes für den Denkmalschutz und die Sanierung kommunaler

Einrichtungen in die Region. Auch im Kreistag Bitburg-Prüm möchte ich mich weiterhin dafür einsetzen, unsere Heimat voranzubringen und das direkte Lebensumfeld der Menschen im

Eifelkreis zu verbessern. Daher bitte ich Sie bei der Kommunalwahl am 26. Mai um drei Stimmen. Wichtig: Machen Sie ihr Listenkreuz bei der CDU!

GRUNDGESETZ

70 Jahre Grundgesetz

Am 23. Mai 1949 und somit wenige Jahre nach dem Ende der Schreckensherrschaft der Nazis trat das Grundgesetz in Kraft.

Verkündung - die Bedeutung des für die Entwicklung Deutschlands gewürdigt.



Wir feiern 70 Jahre Grundgesetz!

- Schutz von Ehe und Familie
- Meinungsfreiheit
- Religionsfreiheit
- Pressefreiheit
- Gleichheit vor dem Gesetz
- Menschenwürde



In einer vereinbarten Debatte haben wir in dieser Woche - 70 Jahre nach seiner

Das Grundgesetz ist die beste Verfassung, die wir in Deutschland je hatten.

GOLDENER NARR

Armin Laschet erhält Goldenen Narr



Am vergangenen Freitag durfte ich die Laudatio auf Ministerpräsident Armin Laschet MdL halten, der vom Bundesverband der Rheinischen Karnevals-Korporationen in der Kategorie „Politik und Wirtschaft“ ausgezeichnet wurde.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.:
 Patrick Schnieder MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Tel.: 030/22771881